

# FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

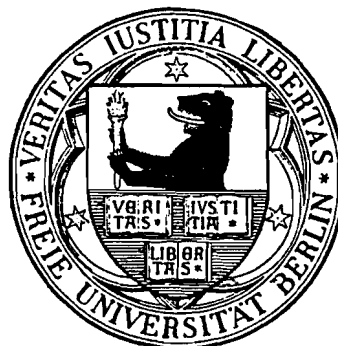
JOHN F. KENNEDY-INSTITUT  
FÜR NORDAMERIKASTUDIEN

Abteilung für Geschichte

WORKING PAPER No. 46/1992

KRAKAU, KNUD

Die Entwicklung der politischen  
Hegemonie über Europa seit dem  
Ersten Weltkrieg



Copyright © 1992 by Knud Krakau

John F. Kennedy-Institut  
für Nordamerikastudien

Freie Universität Berlin

Lansstrasse 5-9

1000 Berlin 33

Germany

## Die Entwicklung der politischen Hegemonie über Europa seit dem Ersten Weltkrieg

*Knud Krakau*

Die Frage nach der amerikanischen Hegemonie über Europa seit dem *Ersten* Weltkrieg<sup>1</sup> ist überraschend. Gemeinhin sieht man im 2. Weltkrieg die große historische Zäsur und den Beginn der amerikanischen Hegemonie über Europa.<sup>2</sup> Aber hat die traditionelle Interpretation das Problem vielleicht doch falsch gesehen? Ist sie voreilig und unkritisch dem klassischen Isolationismus-Argument aufgesessen? Es wäre ja durchaus denkbar, daß diese Position nur die Weigerung der mainstream-Interpretation reflektiert, das 'revisionistische' Argument zur "Legende des Isolationismus"<sup>3</sup> zur Kenntnis zu nehmen und sich mit ihm auseinanderzusetzen.

Geht man der Frage nach einem möglicherweise doch großzyklischen Hegemonie-Phänomen nach, so drängt sich der Gedanke auf, dahinter könnten bestimmte theoretische Konzepte stecken, die daran anknüpfen, daß die Vereinigten Staaten mit dem 1. Weltkrieg zum Weltgläubiger wurden, daß ihre industrielle Produktion und ihr gesamter Außenhandel in den folgenden Jahren stark expandierten, daß sie eine aktive internationale Währungspolitik im Kontext der

Reparations- und Kriegsschuldenprobleme betrieben und ihre Investitionen und Anleihen in Europa das transatlantische Wirtschaftssystem vermutlich vor dem durch Krieg und Versailles selbstverursachten Kollaps bewahrten.

So könnte die bereits erwähnte Kritik von W.A. Williams am *Open Door*-Imperialismus auch das Argument für die "hegemonische Kontinuität" liefern. Damit verknüpft, aber doch theoretisch weit anspruchsvoller, ist die Weltsystem-Theorie (World System Theory) von I. Wallerstein u.a., die der amerikanische Historiker Th.J. McCormick in einer Reihe von Arbeiten auf die amerikanische Außenpolitik zurechtgeschnitten und angewandt hat.<sup>4</sup> Sie interpretiert das Produktions- und Austauschsystem des Kapitalismus, das sich in den letzten gut 300 Jahren entwickelt hat, wegen seiner inhärent-expansiven Dynamik als tendenziell einheitliches Weltsystem. In historisch wechselnden Konfigurationen entwickelt es konstante Strukturelemente: das Zentrum (core) liefert die jeweilige Hochtechnologie (heute USA, Europa, Japan), die Semiperipherie die arbeitsintensive Massenproduktion (Teile Lateinamerikas, Pazifik-Randstaaten), die Peripherie schließlich ist Rohstofflieferant und Abnehmer. Eine dominante Metropole ist das Nervenzentrum: Venedig, London oder - seit den 1920er Jahren - New York. Seine eigentliche Dynamik beruht auf rationaler Planung von Großproduktion und Großserien bei maximaler Ausnutzung der jeweils günstigsten Produktionsfaktoren und -bedingungen (z.B. billige Arbeit, Rohstoffe) - im Grunde die nicht ganz neuen Erfahrungen des Deutschen Zollvereins, des kontinentalen Binnenmarktes der

USA im 19. Jahrhundert oder der Hoffnungen der EG heute, zum universalen Prinzip gemacht. Es verlangt deshalb ungehemmte Mobilität des Kapitals, der produzierten Güter und der Lenkungsinstitutionen bzw. Entscheidungsströme innerhalb des *Gesamtsystems*. Die Akteure dieses rein ökonomisch gedachten Systems sind selbständige Wirtschaftssubjekte (zunehmend Korporationen). Die wirklich störenden Elemente sind die (noch vorhandenen) Nationalstaaten, die immer wieder mit neomerkantilistischen Eingriffen für nicht-ökonomische Ziele die globalen Kapital- und Güterströme bremsen und stören. Hier nun macht die ansonsten ökonomistische Weltsystemtheorie mit dem Begriff "Hegemonie" eine Konzession an Geschichte und Politik. Ein Zentrum-Staat, der "simultaneous superior economic efficiency in production, trade and finance"<sup>5</sup> besitzt, macht sich kraft dieser "economic supremacy",<sup>6</sup> ergänzt um militärische Macht und die Fähigkeit, ideologische Zustimmung zu erzeugen, gegen nationalstaatliche Widerstände zum hegemonialen Anwalt der Grenzen-losen Durchlässigkeit und Einheit des kapitalistischen Weltsystems. Er propagiert Freihandel, Nichtdiskriminierung und *Open Door*, von denen er wegen seiner wirtschaftlichen Dominanz zugleich am meisten profitiert. Der Hegemon vermittelt also zwischen dem kapitalistischen (rein ökonomischen) Weltsystem und dem traditionellen *zwischenstaatlichen* System. Der Erfolg bei diesem Durchsetzungsversuch in der wirklichen Staatenwelt definiert den realhistorischen Hegemon: England im 19. und die Vereinigten Staaten im 20. Jahrhundert.

Waren die Vereinigten Staaten angesichts ihrer führenden Industrie- und Finanz- bzw. Gläubigerrolle seit dem 1. Weltkrieg in diesem Sinne Hegemon über Europa? Das Ziel, nämlich ein wirtschaftlich und politisch offenes, liberales Weltsystem, hatte Wilson 1918 eindringlich formuliert. Zentrale Elemente seiner "vierzehn Punkte" definierten und forderten eben dieses System und als krönenden Abschluß darüber den Völkerbund zur Sicherung des Friedens als allgemeine Systemvoraussetzung.

Die mit diesen theoretischen Annahmen begründete Behauptung einer hegemonialen Kontinuität ab 1918/19 hält der konkreten historischen Analyse nicht stand (sogleich näher). Sie demonstriert die ökonomistische Kopflastigkeit einer Theorie, die auf langfristige Entwicklungslinien abhebt, sich aber durch kurz- und mittelfristige Politikferne auszeichnet und die politischen "Widrigkeiten" und Intraktabilitäten nicht in den Griff bekommt, die ihren Grund darin haben, daß das kapitalistische System noch immer ein kapitalistisches *zwischenstaatliches* und nicht (nur) ein global-kapitalistisches Welt-Binnensystem ist. Sie ignoriert ferner inneramerikanische Außen-Politikbedingungen - insgesamt also die Momente, die dazu führten, daß das 1918 vielleicht gegebene amerikanische Hegemoniepotential bis 1945 unterentwickelt blieb. McCormick selbst unterliegt diesem Irrtum interessanterweise auch von seinem Weltsystemansatz her nicht.<sup>7</sup> Und auch H. Triepel<sup>8</sup> kam 1938 nicht auf die Idee, eine solche Hegemonie anzunehmen.

Desweiteren sollte der korporatistische Ansatz erwähnt werden, der eine kontinuierliche amerikanische Hegemonie zwar nicht explizit behauptet, aber doch suggeriert. Michael J. Hogan wendet ihn auf die amerikanische Außenpolitik im Rahmen des Vergleichs der beiden Nachkriegsepochen an. Er sieht beide essentiell verknüpft durch die "substantial coherence of American recovery policy after both world wars" und durch die strukturelle Kongruenz der Ziele, die darin bestanden hätten (to) "refashion Europe in the image of the American liberal capitalism" einschließlich der Reintegration Deutschlands. Implementiert wurden diese Konzepte Hogan zufolge durch ebenfalls strukturell gleiche korporatistische Strategien. Hogan betont die (angebliche) Parallelität und Kontinuität der beiden Nachkriegsstrategien so emphatisch, daß, wenn die Zeit nach 1945 durch amerikanische Hegemonie geprägt war, dies gewissermaßen per Rückschluß auch für die Periode nach 1918 gelten muß. Ein solches Verfahren kann nicht überzeugen. Hogan verstellt sich mit der Fixierung auf eine scheinbare Konstanz und Kontinuität, die nur durch die Beschränkung auf Variable von hohem Abstraktionsniveau entsteht, selbst den Blick auf die Wahrnehmung entscheidender Differenzen in der wechselnden Konfiguration äußerer und innerer Bedingungen, die aber sehr konkrete Politikunterschiede in beiden Nachkriegsepochen produzieren, so in der Frage der amerikanischen Präsenz in Europa, des unmittelbar staatlichen amerikanischen Engagements, der Behandlung der französischen Sicherheitsbedürfnisse usw.<sup>9</sup>

So wird man sich, um die Ausgangsfrage befriedigend zu beantworten, nach einer besseren theoretischen und begrifflichen Grundlage umtun müssen. Erstaunlicherweise haben die Historiker, die den Hegemonie-Begriff geläufig verwenden, zu seiner Klärung nicht viel beigetragen. Sind sie mit unscharfen Instrumenten zufrieden? Es fällt auf, daß von Triepel (schon 1938) bis in den letzten Jahren zu Gilpin, Olson, Kindleberger, Keohane, Calleo, Leffler und eben auch McCormick es vor allem Juristen, Ökonomen, Politologen oder stark ökonomisch orientierte Historiker sind, die sich um Theorie und Begriffe bemühen, welche jene Historiker dann - bestenfalls - rezipieren, häufiger schlicht ignorieren.

Wenn ich hier eklektisch-synthetisch vorgehe (es ist nicht anders möglich in diesem Rahmen), so möchte ich folgende Elemente hervorheben. Hegemonie im (griech.) Wortsinn ist zunächst politische Führung (political leadership) über selbständig bleibende Subjekte. Der Hegemon kann andere Mächte wie in Europa ermuntern, aber nicht zwingen, sich einer hegemonialen Struktur mit dem Ziel der Erhaltung einer bestimmten, hier: liberalen Wirtschafts- und Politik-Ordnung einzufügen. Hegemonie ist nicht Herrschaft. Basis der Hegemonie ist zweifellos wirtschaftliche und militärische Macht, die sich in politische Macht verwandeln läßt. Wirtschaftliche Macht ist nach Keohane der Besitz von "control over raw materials, control over sources of capital, control over markets, and competitive advantages in the production of highly valued goods".<sup>10</sup> Der Hegemon kann es sich leisten, auf



Wirtschaftsverkehr zu verzichten ("Sanktionen"), er kann durch Gewährung oder Versagung von Zugang zu Märkten, Kapital, technischem Wissen belohnen oder bestrafen. Auch militärische Macht ist wichtig. England und die USA verdanken aber ihre Hegemonie über Europa der Projektion primär ihrer wirtschaftlichen, nicht der militärischen Macht. Der Hegemon kann die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Systemmitglieder weitgehend auf sich selbst konzentrieren und deren Außenbeziehungen zu Dritten reduzieren oder unterbinden. Schließlich muß der Hegemon in der Lage und willens sein, die ideologisch-politische und wirtschaftliche Agenda zu definieren, die Verhaltensnormen festzulegen und deren Verletzung im Einzelfall (auch militärisch) zu sanktionieren. Und die innere Verfassung des Hegemons - seine Ideologie und Herrschaftsstrukturen - müssen dem international verfolgten (hier: liberalen) Modell kongruent sein. Das hegemoniale System funktioniert aber letztlich nur, wenn und solange es Legitimität genießt, d.h. von den anderen Mächten des Systems freiwillig akzeptiert wird.<sup>11</sup> Gründe für die Akzeptanz mögen vielfältig sein: parallele oder gemeinsame Interessen an der Systemerhaltung; Fügung in das Unabwendbare; Ideologie-Kongruenz; Status und Prestige des Hegemons (die Notwendigkeit für diesen, Legitimität zu pflegen, zügelt zugleich dessen Machtwillen).<sup>12</sup>

Dies ist keine Theorie der Hegemonie. Es handelt sich um Elemente für eine Theorie. Sie braucht hier nicht weiter entwickelt zu werden (man könnte dafür an die Überlegungen

zur hegemonialen Stabilität unter Verwendung der Theorien zum *collective* oder *public good* anknüpfen).<sup>13</sup> Wichtig scheint mir an ihnen, daß hier zumindest der Versuch gemacht wird, der viel-dimensionalen Komplexität von Hegemonie als einer internationalen Struktur mit *zwischenstaatlichen* wie *zwischen-gesellschaftlichen* Elementen gerecht zu werden und dem ökonomischen Reduktionismus etwa des Weltsystem-Ansatzes zu entgehen.

Daraus einige Konsequenzen für die Hegemoniefrage in der Zwischenkriegszeit: Die Bilanz ist insgesamt eher negativ und widerspricht der Titelfrage.

**Wirtschaftsmacht Amerika:** Amerikas überragende und weiter wachsende wirtschaftliche Macht stand in den 1920er Jahren außer Frage.<sup>14</sup> Sie wurde dann von der großen Krise zwar beeinträchtigt, aber ihre Relation zu Europa vermutlich nicht wesentlich verändert. Amerikanische *decision-makers* sahen die Welt nach dem Kriege zwar vielfach aus dieser Perspektive wirtschaftlicher Stärke und formulierten dementsprechend ihr Interesse an einem liberalen und offenen kapitalistischen transatlantischen System. In den 20er Jahren leisteten sie auch - und zwar überwiegend auf privater Ebene, wenngleich mit staatlicher Billigung oder gar Förderung - wichtige Beiträge zu seiner Aufrechterhaltung, insbesondere bei der Lösung der Reparations- und Währungskrise sowie der Reintegration Deutschlands und indem sie Kapital zur Verfügung stellten. Diese Dynamik wurde aber doch gleichzeitig stark gebremst durch die traditionelle Politik hoher Zölle und die ebenfalls innenpolitikbedingte Inflexibilität in der

Kriegsschuldenfrage. In der Krise nach 1929 zogen sich die USA dann hinter Spitzenzöllen auf sich selbst zurück und kündigten die internationale Kooperation auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz zunächst auf. Sie wollten die Krise intern bewältigen. Mit anderen Worten der Wille, das durchaus vorhandene wirtschaftliche Potential im Interesse eines transatlantischen hegemonialen Systems einzusetzen, war nicht (mehr) vorhanden. C.Hull's multilaterale Strategie auf der Basis des *Reciprocal Trade Agreement Act* mit entsprechenden Reziprozitätsabkommen und Meistbegünstigung hatte bis zum Zweiten Weltkriege praktisch wenig Bedeutung.<sup>15</sup> Dennoch konnten die USA 1944 in Bretton Woods an diesen insofern doch durchgehaltenen Traditionsstrang wieder anknüpfen.<sup>16</sup>

**Militärische Basis:** Es gab kein ausreichendes militärisches Potential zur Sanktionierung eines kaum existenten hegemonialen Systems: keine nennenswerten Landstreitkräfte; die Marine, die die Washingtoner Formel 5:5:3 nicht einmal ausschöpfte, blieb auf eine Pacific Rim-Defensivstrategie fixiert.<sup>17</sup>

**Konsens und Konflikt im transatlantischen Rahmen:** Die ideologischen, politischen, wirtschafts- und währungspolitischen und strategischen Konzeptionen waren zwischen Amerika und Europa häufiger durch Divergenz als durch Konvergenz charakterisiert. Das schloß natürlich partielle Übereinstimmungen nicht aus, so bezüglich des Wunsches nach *containment* der revolutionären Gefahren aus der Sowjetunion.<sup>18</sup> Aber die (ideologischen) Gemeinsamkeiten reichten nicht aus, um über punktuelle Kooperation hinaus

systemische Programme im transatlantischen Rahmen zu konstruieren.

Die Divergenzen in bezug auf Deutschland und die europäische Ordnung insgesamt waren seit Versailles unüberwindbar. Damit hängt der Dauerkonflikt über das französische Sicherheitsverlangen zusammen. Hätte amerikanisches Entgegenkommen Frankreich mehr Flexibilität gegenüber Deutschland erlaubt und damit der deutschen Rechten die Munition genommen? Die USA negierten dieses Verlangen Frankreichs nicht im Prinzip. Aber über die Definition von Sicherheit konnte man sich nicht verständigen. Ging es Frankreich um die Erhaltung des Status quo von Versailles, so sahen die Vereinigten Staaten in der Anerkennung "legitimer" deutscher Revisionsforderungen und in Deutschlands voller Reintegration in das europäisch-atlantische System die einzige echte langfristige Garantie für Frankreich (und konnten darin des deutschen Beifalls natürlich sicher sein). Europa jedoch "las" diese amerikanische Position als Desinteresse oder Unfähigkeit Amerikas, für dieses liberale atlantische System Verantwortung zu übernehmen.<sup>19</sup>

Damit hängt auch die Problematik des Kellogg-Paktes zusammen. Der interessante Punkt dabei ist nicht das Fehlen eines Sanktionsmechanismus, sondern seine Wirkung auf die amerikanische Neutralitätsdebatte. Eine (universalistische) Richtung erklärte die klassische Neutralität als Folge des Vertrages für obsolet.<sup>20</sup> Das hätte auf die europäische Sicherheitsdiskussion erheblichen Einfluß haben können. Denn England hielt sich mit möglichen Zusagen an Frankreich

u.a. deswegen zurück, weil es im Sanktionsfalle einen Konflikt mit den USA über die amerikanischen Neutralitätsrechte fürchtete. Amerika schien diesen Bedenken Rechnung zu tragen und stellte Konsultationen statt strikter Anwendung der Neutralitätsregeln in Aussicht. Die der wirtschaftspolitischen entsprechende (sicherheits-)politische Wendung des New Deal nach innen machte diesen Ansätzen dann ein Ende und trieb die Gegenposition mit den Neutralitätsgesetzen der 1930er Jahre auf die Spitze.<sup>21</sup>

In dieser Dekade kehrten sich die Konfliktfronten um. Deutschland wurde in Europa zum Problem und alsbald zum Gegner. Doch stand zunächst stärker als der spätere allgemeine politische und ideologische Gegensatz der Konflikt mit Deutschlands handelspolitisch ausschließendem Bilateralismus im Vordergrund. Gegen diesen verteidigte Amerika allerdings weniger einen prinzipiellen universalen Handelsliberalismus, an den wohl ohnehin niemand mehr glaubte, sondern das begrenzte amerikanische Interesse an der *Open Door* in Lateinamerika, das durch die deutsche bilateral organisierte Expansion nach Lateinamerika erheblich beeinträchtigt wurde.<sup>22</sup> Auch der Handelsvertrag mit England 1938 war eher eine Kampfmaßnahme gegen Deutschland als ein liberalisierendes Instrument; England konnte sein Empire-Präferenzsystem erfolgreich verteidigen; es wurde erst vom Lend-Lease-Abkommen 1942 aufgebrochen und endgültig durch die Bedingungen der amerikanischen Nachkriegsanleihe zerstört.

**Inneramerikanische Politische Basis:** Die amerikanische Bereitschaft, der Wille, für ein liberales transatlantisches System bindend einzustehen, waren begrenzt. Das Stichwort "Isolationismus" kennzeichnet die Problematik nur unzureichend. Wie schon beim Konflikt um den Völkerbund sichtbar - mit dessen Ablehnung die USA sich einer Möglichkeit begeben hatten, die Systemideologie und das internationale Regelwerk mitzubestimmen - bestand in Amerika weitgehender Konsens nur darüber, daß amerikanische Politik ungebunden sein sollte. Im übrigen lagen jeweils internationalistische und nationalistische progressive und konservative politische und ideologische Gruppierungen miteinander im Streit. Bis unter dem Druck des Krieges die liberal-internationalistische Richtung sich durchsetzte, neutralisierten sie sich zum guten Teil gegenseitig und produzierten als Resultate eine negativ-passive und defensive Haltung, die aber konkret genug war, um in Verbindung mit den anderen Negativvoraussetzungen den Gedanken an eine amerikanische Hegemonie zu verbieten. Amerika führte nicht - "preeminent but irresponsible" - und Europa hatte keine Chance, ihm zu folgen.<sup>23</sup>

Der Krieg verwandelte die Lage vollkommen. Deutschland hatte nach Hegemonie oder Empire in Europa gegriffen - und bewirkte die historisch einmalige Hegemonie Amerikas über Europa.

Die Vereinigten Staaten gingen im Gegensatz zu allen europäischen Staaten, Siegern und Besiegten, als einzige nicht nur nicht geschwächt, sondern relativ und absolut gestärkt aus dem 2. Weltkrieg hervor. Die Große Krise war

überwunden. Mit ihren rund 5 Prozent der Weltbevölkerung erzeugten sie 1948 41 Prozent des Weltbruttosozialproduktes, ihr Anteil am Welthandel betrug 1947 gut ein Drittel. Diese und ähnliche Daten belegen ihre nach 1945 einmalige und schlechthin überragende wirtschaftliche Kraft. - Die militärisch-technologische Überlegenheit der USA bestand trotz des rapiden Truppenabbaus nach Kriegsende und trotz des Verlusts des Monopols auf Atomwaffen 1949 noch über viele Jahre. - Europa andererseits war in seinen materiellen, politischen und institutionellen Strukturen so geschwächt, daß ein Wiederaufbau und die Erlangung wirtschaftlicher und politischer Stabilität aus eigener Kraft zunächst kaum denkbar schienen. Selbst England mit seiner an sich noch intakten breiten Empire-Basis drohte der Zusammenbruch.

Aber materielle Überlegenheit allein ist nicht per se Hegemonie. Das hatte die Zwischenkriegszeit deutlich gezeigt. Hinzukommen müssen auf der einen Seite der gesellschaftlich-politisch und psychologisch abgesicherte Führungswille; ihm muß die Akzeptanzbereitschaft auf der anderen (europäischen) Seite gegenüberstehen.

Amerikanische Führungseliten waren entschlossen, nach dem Kriege diese Rolle zu spielen und alle die Fehler zu vermeiden, die ihrer Ansicht nach zur Großen Krise und von da indirekt auch zur Entstehung des Krieges beigetragen hatten: nämlich Indifferenz und Abstinenz in den Bereichen Politik und Sicherheit, wirtschafts- und handelspolitisch zunehmende Abschottung und Autarkie, allgemein: Nationalismus im Sinne von Nichtverantwortlichkeit für

Entwicklungen in der Welt.<sup>24</sup> Jetzt lieferten die Vereinigten Staaten den kohärenten Entwurf einer Nachkriegsordnung:<sup>25</sup> Ziele, Regeln, Institutionen und schließlich eine allgemein legitimierende Ideologie. Im politisch-ökonomischen Bereich war dies das liberale weltoffene nichtdiskriminierende Handelssystem freiheitlich-demokratischer Staaten und Gesellschaften mit tendenziellem Abbau aller Handelsbarrieren, der Konvertibilität der Währungen bei festen Wechselkursrelationen zum Dollar als Leit- und Reservewährung - kurz: eine "open and congenial world economy",<sup>26</sup> die 1944 in Bretton Woods in IBRD, IMW, der geplanten ITO bzw. später 1947 im GATT ihre institutionelle Gestalt fand. Das alles wurde überwölbt von der UNO als politischer Organisation mit dem Ziel, zur Friedenssicherung den rationalen, regelorientierten Kompromiß als Modus der Konfliktaustragung zu institutionalisieren. Daß die USA als allgemein stärkste Macht von einem solchen System ganz besonders profitieren würden, liegt auf der Hand. Insofern laufen die revisionistischen Imperialismus- oder *Open Door*-Kritiker "Offene Türen" ein. Vielfach vergessen wird aber, daß das liberale *Open Door*-System nicht eine Erfindung von Hay, Wilson oder Hull ist, sondern in seinem Grundgedanken - daß der freie Handelsaustausch Friedlichkeit des Völkerverkehrs verbürge und freiheitlich verfaßte Gesellschaften ermögliche - auf die Philosophie und politische Theorie des ausgehenden 18. Jahrhunderts zurückgeht und in der politischen Praxis der damals extrem schwachen USA seinen



traditionsbegründenden Niederschlag gefunden hat: in den französischen und preußischen Verträgen 1778 und 1785, der Neutralitätserklärung 1793 und der auf sie gegründeten langjährigen Neutralitäts- und Isolationismuspolitik.<sup>27</sup>

In diesem globalistischen Entwurf war für Europa zunächst keine Sonderrolle vorgesehen. Als er aber infolge des Konfliktes mit der Sowjetunion 1945-47 über die Neuordnung Europas und Deutschlands inoperabel wurde, stellte die neue *containment*-Strategie, obwohl ebenfalls global formuliert, ganz praktisch zunächst Europa in den Mittelpunkt "as the first bastion of containment".<sup>28</sup> Nach der Teilung Europas und Deutschlands (eine neue Studie sieht deren Vollzug schon in der Moskauer Außenministerkonferenz vom März 1947)<sup>29</sup> sollte der ursprüngliche Entwurf jedenfalls im verbliebenen Westeuropa gestärkt und verteidigt werden.

Das ideologische Programm lieferte die Truman-Doktrin: "It is the policy of the United States to give support to free peoples who are attempting to resist subjugation from armed minorities or from outside forces." Diese Formulierung der amerikanischen Ideologie hatte amerikanische und externe Adressaten. Intern sollte sie die noch immer fragmentierte amerikanische Öffentlichkeit, Parteien, den oppositionell-republikanischen Kongreß (der nur knapp der britischen Anleihe zugestimmt und andere Hilfsprogramme verworfen hatte) integrieren und den Konsens herstellen helfen, der für kontinuierlich hegemoniale Politik unerlässlich ist. Das ist insgesamt gelungen.<sup>30</sup> Erst mit der Vietnam-Verstrickung ist dieser Konsens zerbrochen.

Auch nach außen sollte die Truman-Doktrin als zentrales Symbol amerikanischer Politik mit der globalen Projektion<sup>31</sup> zustimmungsfähiger amerikanischer Werte (Ideologie) die amerikanische Hegemonie legitimieren und zu ihrer Akzeptanz in Europa beitragen. Allerdings muß man das im Zusammenhang mit der materiellen Hilfe des Marshall-Planes oder der Gewährleistung von Sicherheit durch die NATO, schließlich ganz generell mit der Nachkriegssituation sehen: Zerstörung und Not hier, dort die heile, dynamische und mächtige "Neue Welt" Amerika. Im Ergebnis jedenfalls war die europäische Akzeptanzbereitschaft für die amerikanische Hegemonie groß und entsprechend hoch ihre Legitimität. Man hat deshalb sogar von "empire by invitation" gesprochen.<sup>32</sup>

Derartige Aussagen über "Europa" *tout court* sind natürlich problematisch. Weder diese noch andere hier angesprochene Fragen lassen sich für "die" Länder Europas einheitlich beantworten. Die Notwendigkeit zu differenzieren liegt auf der Hand. Andererseits machen die zusammenfassende Fragestellung und der entsprechend synthetische Charakter dieser Untersuchung eine generalisierende Betrachtungsweise unvermeidlich. Doch steht sie gewissermaßen unter dem Vorbehalt erforderlicher Differenzierung und Spezifizierung.

Die Kongruenzen in normativ-ideologischen Einstellungen bei amerikanischen und europäischen Eliten und damit die Legitimität der amerikanischen Hegemonie wurden nach 1945 noch durch vielfache, aber bisher wenig oder nur punktuell erforschte Interaktionsmuster verstärkt, die unterhalb oder außerhalb der staatlichen Sphäre angesiedelt waren oder

noch sind, Beispiele "transnationaler Politik".<sup>33</sup> Hier wäre u.a. an die immer zahlreicher werdenden Austauschprogramme für Schüler und Studenten bis zu "Führungspersonal" jedweder Art zu denken. Das Fulbright-Programm seit 1947 ist nur das vielleicht bekannteste.<sup>34</sup> In den späten 1940er/frühen 50er Jahren gab es in der BRD einen "Bund für Bürgerrechte", ein Pendant zur *American Civil Liberties Union*, das von dieser unterstützt wurde, oder ein "Büro für öffentliche Arbeit" in Frankfurt, beide mit dem Ziel, liberale und demokratische politische Werte zu verbreiten und zu verankern.<sup>35</sup> Für etablierte Führungseliten, aber auf dieselben Wirkungen und die Pflege der politisch-ideologischen Kongruenz zwischen Europa und Amerika hin angelegt waren die Bilderberg-Konferenzen ab 1952, die Aktivitäten der 1972 gegründeten *Trilateral Commission*<sup>36</sup> oder der Atlantik-Brücke. Entsprechendes läßt sich bei Gewerkschaften,<sup>37</sup> Kirchen u.a. Gruppen und Organisationen aufspüren. Ist der Wirkungsgrad dieser Netzwerke auch im einzelnen schwer meßbar, so läßt sich die Wirkungsweise doch erahnen, wenn man die jeweiligen Teilnehmerkreise als Who's Who aus Politik, Kultur, Gesellschaft der jeweiligen Generation erkennt. Dieser Ansatz wäre auszuweiten zur Frage nach der kulturellen Hegemonie Amerikas in dem Sinne, daß Kultur außenpolitisch bewußt für ein "cultural containment" instrumentalisiert wurde.<sup>38</sup>

Die Vereinigten Staaten unterstützten Europa beim Wiederaufbau seiner Wirtschaft und Infrastruktur. Wie notwendig und wirksam der Marshall-Plan als das wichtigste dieser Programme und wie breit das Spektrum der mit ihm

verfolgten Ziele wirklich war ist immer noch umstritten.<sup>39</sup> Und die USA gewährten Europa im Rahmen der NATO Sicherheit gegen die Sowjetunion. Deshalb konnten sie (ECA und OEEC waren dabei probate Instrumente) zentrale Elemente ihres Entwurfes einer offenen liberalen, wenn nicht globalen, so zumindest transatlantischen politischen und wirtschaftlichen Ordnung und ihre damit zusammenhängenden strategisch-politischen Ziele<sup>40</sup> mit europäischer Zustimmung durchsetzen - aber eben durchsetzen. Ohne die amerikanische Hegemonie wäre ein zentrales Element dieser Konzeption - in beiden Kontexten die Reintegration Deutschlands<sup>41</sup> in das europäisch-transatlantische Politik- und Wirtschaftssystem wie auch nach Ausbruch des Korea-Krieges seine Wiederbewaffnung - kaum zu erreichen, ja vielleicht nicht einmal denkbar gewesen. Die deutsche Reintegration in das europäische Sicherheitssystem vollzog sich nach dem Scheitern der EVG über die deutsche Mitgliedschaft in WEU und NATO. Diese kollektiven Arrangements unter Einschluß der USA (jedenfalls in der NATO) sicherten zugleich Europa vor Deutschland ("double containment"), halfen den deutsch-französischen Gegensatz überwinden<sup>42</sup> und erlaubten die Rückübertragung der (bis 1990/91 eingeschränkten) Souveränität an die BRD.<sup>43</sup>

Die amerikanische Hegemonie über Europa, gegen Ende der 1940er Jahre voll ausgebildet, war jedoch kein konstantes und einheitliches Phänomen. Man muß die Bereiche Wirtschaft und Sicherheit differenziert betrachten. Beide veränderten sich, jedoch in ganz unterschiedlicher Weise.

Die wirtschaftliche Erstarkung Europas führte dazu, daß sich hier im Laufe der Jahre eine Symmetrie zwischen Westeuropa und den USA entwickelte, die der amerikanischen Hegemonie in *diesem* Bereich allmählich die materielle Basis entzog. Zu dieser Entwicklung trug die europäische Integration maßgeblich bei: Von Kohle - Stahl - Atom über die EWG zur EG mit Ausstrahlung auch in nicht-integrierte Bereiche wie die Außenpolitik. Die Vereinigten Staaten hatten diese Bewegung zunächst nachdrücklich unterstützt, aus *Cold War*-Motiven und auch weil sie darin eine Bestätigung eigener historischer Erfahrungen und die Verwirklichung des liberalen *Open Door*-Modells jedenfalls für Europa sahen. Die damit einhergehende *Closed Door*-Wirkung, d.h. gemeinsame EG-Außenzölle u.ä., hielten sie für eine vorübergehende Erscheinung, die sie im Interesse der erstgenannten Ziele in Kauf zu nehmen bereit waren.<sup>44</sup>

Diese europäischen Entwicklungen trugen neben inneramerikanischen und anderen internationalen Faktoren (langfristige Inflation, Verteidigungskosten, Vietnamkrieg) zur langsamen Wertminderung des Dollars bei. Der Dollar war das symbolische wie materiale amerikanische wirtschaftliche und damit letztlich auch politische Führungsinstrument.<sup>45</sup> Sein innerer Wertverlust zwang Nixon 1971 zur Preisgabe des Bretton Woods-Systems: Amerika kündigte sein Versprechen zur Goldeinlösung des Dollars und gab die Wechselkurse frei. Die Europäer ihrerseits entwickelten Ansätze zu einem allerdings immer noch nicht vollendeten einheitlichen Währungsblock.<sup>46</sup> Hier sind jedoch gewisse Einschränkungen

zu machen, die sich aus der fortbestehenden hegemonialen Abhängigkeit Europas im Sicherheitsbereich ergeben.

Funktion des amerikanischen Hegemons war es seit Entstehung des Ost-West-Konfliktes, den Westeuropäern Sicherheit zu vermitteln, objektiv und subjektiv. Um dieser Leistung willen - neben der materiellen Hilfe - war Europa bereit, sich dem hegemonialen System einzuordnen. Sie legitimierte es.

Die Sicherheitsbeziehungen Amerika - Europa waren zumindest bis in die jüngste Zeit durch eine doppelte Asymmetrie gekennzeichnet, welche die hegemoniale Qualität dieser Beziehung aufrechterhielt. Damit ist einmal die starke europäische Abhängigkeit von der amerikanischen Verteidigungskraft und -bereitschaft gemeint, insbesondere von ihrer nuklearen Komponente. In der Perzeption und Interpretation einer politisch-militärischen und nach 1949 auch atomaren Bedrohung Europas durch die Sowjetunion stimmten Europa und die USA weitgehend überein. Den beredtesten Ausdruck fand diese Einschätzung in dem defensiv-globalistischen Strategiepapier NSC 68 des *National Security Council* 1950.<sup>47</sup> Die Sicherheitsabhängigkeit von Amerika konnten auch das britische und (nach 1963 unabhängige) französische Nuklearpotential nicht kompensieren. Diese europäisch-amerikanische Asymmetrie wurde ergänzt durch die sowjetisch-amerikanische: das Übergewicht sowjetischer (und später im Warschauer Pakt verbündeter) Landstreitkräfte in Europa bei amerikanischem Übergewicht an Nuklear- und Trägerwaffen bis in die 1970er Jahre.

Angesichts dieser Lage konnte Amerika im Sicherheitsbereich Forderungen an Europa stellen. Es konnte aber auch den hegemonialen Bereich Verteidigung mit dem symmetrisch-emanzipierten Bereich Wirtschaft verknüpfen und mit dem Argument (oder Druck) aus dem ersteren wirtschaftliche Forderungen im letzteren begründen. Das praktizierte insbesondere die Reagan-Administration (darüber sogleich). Genuin im noch hegemonialen Bereich Verteidigung angesiedelt war z.B. die Forderung an Europa, die erneute militärische Rolle Deutschlands zu akzeptieren oder - über Jahrzehnte kontrovers diskutiert - die Gesamtkosten der europäischen Verteidigung angemessen mitzutragen (*burden sharing*).<sup>48</sup> Die Forderung nach "Beiträgen" der Mitglieder zur Systemerhaltung gehört zum klassischen hegemonialen Repertoire. Damit wie auch mit beiden Asymmetrien hängt die seit der Nixon-Doktrin 1971 wieder verstärkt erhobene Forderung zusammen, Europa solle sich stärker an der konventionellen Verteidigung und Rüstung beteiligen.

Die scheinbar plausiblen Argumente für eine "gerechte" Lastenverteilung verdecken ein tiefes Dilemma der Europäer. Die Kennedy-Administration war mit der neuen Strategie der "flexible response" von der automatischen "massiven Gegendrohung" abgerückt. Das implizierte jedoch für die Europäer die Befürchtung, von der amerikanischen nuklearen Verteidigung "abgekoppelt" zu werden, weil die USA ihr Territorium nicht dem sowjetischen nuklearen Gegenschlag als Reaktion auf einen amerikanischen zur Verteidigung Europas unternommenen atomaren Schlag auf die Sowjetunion

oder ihre Streitkräfte aussetzen würden. Die Verstärkung der konventionellen Verteidigungskraft könnte dieses Abkopplungsrisiko für Europa nur noch vergrößern. Infolge dieser Verzahnung der Asymmetrien ist die europäische Sicherheitslage immer im Sinne hegemonialer Abhängigkeit an den Wechsel der Phasen zwischen Entspannung und erneuter Verschärfung des Kalten Krieges zwischen Washington und Moskau etwa seit der Genfer Konferenz 1955 gebunden gewesen.<sup>49</sup>

Europa setzte diesem hegemonialen Systemzwang eine sich langsam entwickelnde eigene Strategie entgegen. Deren Elemente waren u.a. de Gaulles frühe Moskauer Explorationen; die deutsche Ostpolitik (gleichzeitig Produkt und Motor der Détente-Phase der 1970er Jahre); schließlich die mit der wirtschaftlichen Erstarkung Europas einhergehenden Ansätze, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur Sowjetunion und zum damaligen Ostblock selbständig auszubauen, dadurch zu stabilisieren und vielleicht gleichzeitig zu entkrampfen. Die Vereinigten Staaten dagegen hatten seit langem aus global-strategischen, *Cold War*- und Sicherheitsgründen eben diesen Handel stark eingeschränkt und suchten auch Europa auf diese Position zu verpflichten. Europa dagegen sah auch die Beziehungen zur Sowjetunion zunehmend als primär *europäisches* Problem.<sup>50</sup> - Die Kontrolle über die Außenbeziehungen der Mitglieder des Hegemonial-Systems ist eines seiner zentralen Elemente. -

Diese Linien und divergierenden Interessen bündelten sich in der späteren Carter- und ersten Reagan-



Administration und führten zum Ende der Détente der 1970er Jahre: in den USA gewaltige Rüstungssteigerungen; Verschärfung der Handelsrestriktionen oder -sanktionen und der ideologisch-politischen Rhetorik gegenüber der Sowjetunion ("evil empire") und Polen; gleichzeitig stellte die Sowjetunion in rascher Folge neue Mittelstreckenraketen in Osteuropa auf. Die Europäer fürchteten mindestens nukleare Erpressung durch den Osten, ebenso aber angesichts der neuen globalstrategischen Parität das Versagen des amerikanischen Schutzschildes ("Abkoppeln") und regten deshalb selbst als Gegengewicht die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Europa an. Ein breiter Protest dagegen machte eine eigene Identität Europas sichtbar, die weit vom Konfrontationskurs Washingtons entfernt war. Sie wollte die Strategie des Dialogs, Handels, langfristig geduldigen Ringens um Kompromiß und Verständnis nicht preisgeben. Sie akzeptierte zwar widerstrebend die Dislozierung der neuen Waffen, drängte aber Washington letztlich doch zur Aufnahme der im sogenannten Doppelbeschluß der NATO versprochenen, aber zunächst torpedierten Verhandlungen, die dann nach dem sowjetischen Wandel 1985 zu relativ raschen und bedeutenden Erfolgen führten.<sup>51</sup>

Schon vor dieser Lösung setzte sich der europäische Ansatz: mehr Sicherheit durch Verknüpfung, Kooperation und Handel, gegenüber den massiven amerikanischen Versuchen durch, etwa das europäische Erdgas-Röhren-Kompensationsgeschäft mit der Sowjetunion zu unterbinden. - Hier versuchten die USA die schwindende wirtschaftliche

Hegemonie durch Einbindung in die Sicherheitsasymmetrie (fortbestehende Hegemonie) wieder einzufangen. - Ähnliche Bedeutung hatte der amerikanische Versuch, bei den SDI-Kontrakten mit europäischen Unternehmen den zivilen *spin-off*-Effekt neuer Technologien für diese Unternehmen zu verhindern.<sup>52</sup>

Es bleibt nur noch die Frage nach der Bedeutung der *decline*-Debatte und des Endes des Kalten Krieges für unsere Problematik. Was immer zu der kontroversen *decline*-These allgemein zu sagen wäre<sup>53</sup> - die spezifische Wirkung langfristiger Veränderungen in Amerikas allgemeiner hegemonialer Position im wirtschaftlich-politischen Bereich auf das Verhältnis USA - Europa ist hier schon eingearbeitet.

Aber welche Wirkungen hat das Ende des Kalten Krieges auf den Bereich Sicherheit? Ist das europäische Sicherheitsbedürfnis, das die amerikanische Hegemonie zuletzt noch trug, mit der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Zerfall der alten Sowjetunion ganz gegenstandslos geworden - und damit auch diese Hegemonie? Die USA haben nachdrücklich für den Erhalt der NATO plädiert, und zwar erstens im Hinblick auf ihre Funktion als Instrument des *containment* gegen das vereinte Deutschland mit dem (verständlichen) Beifall aller Verbündeten (einschließlich Deutschlands); zweitens weil sie sicher das wirksamste institutionelle Instrument zur Bewahrung der noch verbliebenen Einflußmöglichkeiten auf die europäischen Entwicklungen darstellt, wirksamer als die schwerfällige, wenig institutionalisierte und auf dem Konsensprinzip

beruhende KSZE. Aber die NATO orientiert sich an den großen zwischenstaatlichen Aggressionen von gestern. Die Probleme und Gefahren heute und für lange Zeit aber sind von ganz anderer Art: explosive Bevölkerungszunahmen in der europäischen Peripherie von Nordafrika über den Mittleren Osten bis nach Rußland/Asien bei wirtschaftlichen und sozialen internen Disparitäten und entsprechendem Gefälle zu Europa; Massenmigration; Nationalitäten- und ethnische Konflikte (Jugoslawien); Ölversorgungskrisen (Mittlerer Osten). Sie haben inner- oder zwischengesellschaftliche, substaatliche, regionale oder extraregionale Ursachen und Strukturen, auf die die NATO als klassische staatliche Defensivallianz nicht zugeschnitten ist. Da sie als letztes Instrument für die Ausübung effektiver amerikanischer Hegemonie über Europa somit ihre *raison d'être* verliert, könnte diese Hegemonie sich ihrem Ende zuneigen, es sei denn die NATO würde nach Funktion und territorialem Anwendungsbereich radikal erweitert werden.

Diesem Erosionsprozeß entspricht ein Zerfall des inneramerikanischen Hegemoniekonsenses. Dieser Zerfall ist in Amerika seit der Spätphase des Vietnamkrieges von Politik, Publizistik und Sozialwissenschaft immer wieder konstatiert und mit fast selbstzerstörerischer Lust oft geradezu zelebriert, von Europa als "Führungsschwäche" kritisiert worden. Ein Symposium im Jahre 1986 beschrieb die Fragmentierung amerikanischer Eliten als "the onset of an ideological crisis. ...the disintegration of the consensual basis of collective American action in world affairs, a resulting sense of 'lost direction'", ein "new,

post-Vietnam consensus" sei nicht sichtbar geworden.<sup>54</sup> Die Reagan-Administration und der Golfkrieg haben zwar einem diffusen amerikanischen Nationalismus Auftrieb gegeben, aber nicht notwendig jenen Konsens wiederbelebt. Auch von hier aus wird mithin die amerikanische Hegemonie in Frage gestellt.

Wenn nun - wie Hegemonie-Theoretiker immer wieder behaupten<sup>55</sup> - Systemstabilität in der Regel von der Existenz eines effektiv handelnden Hegemons abhängt, führt dann die Erosion der amerikanischen Hegemonie über Europa zu Instabilität für oder in Europa? Dafür könnte durchaus sprechen, daß die Europäer in der Phase der amerikanischen Hegemonie und der relativ stabilen Bipolarität verlernt haben könnten, ihre Sicherheit selbstverantwortlich wahrzunehmen. Sie konnten sie erleichtert dem Hegemon (und der von ihm getragenen bipolaren Struktur) überlassen und, selbst von den damit verbundenen Lasten weitgehend befreit, jene unerhörte Kreativität entfalten, die das materielle und kulturelle Wohlergehen West-Europas in den letzten Jahrzehnten hervorgebracht hat. Nicht völlig undenkbar wäre in einer neuen posthegemonialen Lage, in der jeder Staat letztlich für seine Sicherheit selbst verantwortlich ist, ein Rückfall in ein hobbesianisches Prä-1939- oder gar Prä-1914-System. Dennoch befindet sich Europa geistig, politisch und in seinen Mentalitäten vermutlich (hoffentlich) jenseits von 1914 oder 1939. Es hat offenbar prinzipiell zu einer umfassenden Neudefinition des Begriffs Sicherheit gefunden, welche die sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Grundlagen einbezieht.

Wirksame Veranstaltungen, wie sie in diesem Bereich zumindest EG-Europa getroffen hat, verleihen dann auch der "klassischen" Sicherheitsfrage eine ganz andere, neue Dimension. Hier stellt sie sich vermutlich nicht mehr in der traditionellen Form militärischer Bedrohung.

Osteuropa jedoch wird hiervon noch auf absehbare Zeit ausgeschlossen sein. Und die in der Phase der hegemonialen Entlastung von Sicherheitsverantwortung geschaffenen Sicherheitsstrukturen (primär die NATO) bleiben statisch auf historisch überholte Arten von Gefährdungen zugeschnitten (wenn nicht gerade diese Gefahren als Folge des Verfalls der Hegemonie wieder aufleben). Europa beginnt erst langsam, die neuen Arten von Gefährdungen, die sehr schnell sichtbar geworden sind, zu erkennen, das Bewußtsein kollektiver Verantwortung zu entwickeln und diese auch in Institutionen (reformierte NATO?, WEU, KSZE, verschiedene Verknüpfungen untereinander) und Strategien umzusetzen.

Im künftigen posthegemonialen Verhältnis Europas zu Amerika ist die klassische Sicherheitsfrage vermutlich kein Thema. Zu erwarten sind indessen wirtschaftliche Konkurrenzkonflikte. Sie werden in neuen erweiterten Formen von institutionalisierter "organized competition",<sup>56</sup> von intensiver und rationaler, aber nicht-hegemonialer Kooperation in allen Bereichen - Wirtschaft, Kultur, Politik, Sicherheit - zu bewältigen sein. Dabei werden beide Seiten sich anstrengen müssen, die gewachsene posthegemoniale Interdependenz nicht durch Konflikte zwischen sich abschottenden und befehdenden Handels- und Wirtschaftsblöcken zu ersetzen.

### Anmerkungen:

- 1 Diese Frage war vorgegeben für einen Vortrag auf dem Symposium: "Nord und Süd in Amerika. Gegensätze, Gemeinsamkeiten und der europäische Hintergrund", Kloster Banz, 6. – 12. Oktober 1991. – Der Text ist die überarbeitete und um Hinweise ergänzte Vortragsfassung. Sie wird auch in einem Sammelband mit Konferenzbeiträgen im Verlag Rombach, Freiburg, 1992 erscheinen.
- 2 Für diese "conventional wisdom" z.B. D.P.Calleo, *Beyond American Hegemony. The Future of the Western Alliance* (New York, 1987), S.131, 135: "America preeminent but irresponsible".
- 3 W.A.Williams, "The Legend of Isolationism in the 1920s", *Science and Society* 18 (Winter 1954), S. 1–20, auch abgedr. in: ders. (Hg.), *The Shaping of American Diplomacy*, 2.Aufl., Bd.2 (Chicago, 1973), S. 103 ff.
- 4 T.J.McCormick, *America's Half-Century. United States Foreign Policy in the Cold War* (Baltimore, London, 1989), Kap.1; ders., "World Systems", in: M.J.Hogan und T.G.Paterson, (Hg.), *Explaining the History of American Foreign Relations* (Cambridge, Engl., u.a., 1991), Kap.6; ders., "'Every System Needs a Center Sometimes'. An Essay on Hegemony and Modern American Foreign Policy", in: L.C.Gardner, (Hg.), *Redefining the Past. Essays in Diplomatic History in Honor of William Appleman Williams* (Corvallis, OR, 1986), S.195–220, bes. 205; R.J.McMahon, "Hegemony and its Problems", *Reviews in American History* 19 (1991), S.136–141. – S.Gill, *American Hegemony and the Trilateral Commission* (Cambridge, Engl., u.a., 1990), S.38–41; ib. S.33 ff. für die klassische marxistische und S.41–46 für die von ihm selbst vertretene neo-marxistische Position eines historischen Materialismus nach Gramsci. – Vgl. auch das den "World System Debates" gewidmete Heft 1 von *International Studies Quarterly* 25 (März 1981); schließlich als Kritik daran aus der Perspektive einer komplexeren und globaleren "world system history" A.G.Frank, "A Plea for World System History", *Journal of World History* 2 (1991), S.1–28.
- 5 T.Boswell und M.Sweat, *Hegemony, Long Waves, and Major Wars*. Unveröff. Papier, zit. bei McCormick, "World Systems" (Anm. 4), S.93.
- 6 McCormick, *America's Half-Century* (Anm. 4), S.5.
- 7 McCormick, *America's Half-Century* (Anm. 4), Kap.2.
- 8 H.Triepel, *Die Hegemonie* (Stuttgart, Berlin, 1938).
- 9 M.J.Hogan, *Informal Entente. The Private Structure of Cooperation in Anglo-American Economic Diplomacy, 1918–1928* (Columbia, MO, 1977); ders. "The Search for a 'Creative Peace'. The United States, European Unity, and the Origins of the Marshall Plan", *Diplomatic History* 6 (1982), S.267–285; und als Synthese ders., "Revival and Reform. America's Twentieth-Century Search for a New Economic Order Abroad", *Diplomatic History* 8 (1984), S.287–310. – Zur Kritik am korporatistischen Ansatz s. J.L.Gaddis, "The Corporate Synthesis. A Skeptical View", *Diplomatic History* 10 (1986), S. 357–362 mit Replik von Hogan, "Corporatism. A Positive Appraisal", ib. S. 363–372. Zum Epochenvergleich noch C.S.Maier, "The Two Postwar Eras and the Conditions for Stability in Twentieth-Century Western Europe", *American Historical Review* 86 (1981), S.327–352.
- 10 R.O.Keohane, *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy* (Princeton, NJ, 1984), S.32.
- 11 Diesen Aspekt betonen besonders Triepel, *Hegemonie* (Anm. 8), S.134 ff., und Gill, *American Hegemony* (Anm. 4), S.54–56; Keohane, *After Hegemony* (Anm. 10), S.44 f.

- 12 Dieser Abschnitt nach Triepel, *Hegemonie* (Anm. 8), S.134–149; besonders er betont die Abschirmung der Systemmitglieder durch den Hegemon nach außen; R.Gilpin, *The Political Economy of International Relations* (Princeton, NJ, 1987), S.66 Anm.2, 72f; ders., *War and Change in World Politics* (New York, 1981); Gill, *American Hegemony* (Anm. 4), Kap.3 und 4; Keohane, *After Hegemony* (Anm. 10), S.31–46; C.P.Kindleberger, *Dominance and Leadership* (unten Anm. 13). Auch die Diskussion zum Sicherheitsbereich bei J. Leppgold, *The Declining Hegemon. The United States and European Defense, 1960–1990* (New York u.a., 1990), besonders Kap.2 und 3.
- 13 M.Olson, Jr., *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups* (Cambridge, MA, 1965); C.P.Kindleberger, "Dominance and Leadership in the International Economy. Exploitation, Public Goods, and Free Rides", *International Studies Quarterly* 25 (1981), S.242–254.
- 14 Vgl. mit statistischen Daten z.B. S.D.Krasner, "State Power and the Structure of International Trade", *World Politics* 28 (April 1976), S.317, 332 ff.
- 15 Vgl. zu den angesprochenen Problemen M.P.Leffler, *The Elusive Quest. America's Pursuit of European Stability and French Security, 1919–1933* (Chapel Hill, NC, 1979); ders., "1921–1932: Expansionist Impulses and Domestic Constraints", in: W.H.Becker und S.F.Wells, Jr. (Hg.), *Economics and World Power. An Assessment of American Diplomacy since 1789* (New York, 1984), Kap.5; ders., "Political Isolationism, Economic Expansionism, or Diplomatic Realism. American Policy toward Western Europe 1921–1933", *Perspectives in American History* 8 (1974), S.413–461, bes. S.416–420 zur wirtschaftlichen Perspektive amerikanischer policy makers; ders., "National Security", in: M.J.Hogan und T.G.Paterson (Hg.), *Explaining the History of American Foreign Relations* (Cambridge, Engl., 1991), Kap.14; R.M.Hathaway, "1933–1945: Economic Diplomacy in a Time of Crisis", in: Becker und Wells (Hg.), *Economics and World Power* (1984), Kap. 6, bes. S.286–299; W.Link, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32* (Düsseldorf, 1970); ders., "Die Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und den USA", in: M.Knapp et al., *Die USA und Deutschland 1918–1975* (München, 1978), S.62–106.
- 16 Unter vielen dazu z.B. D.B.Calleo und B.M.Rowland, *America and the World Political Economy. Atlantic Dreams and National Realities* (Bloomington, IN, London, 1973), S.35 ff.
- 17 Dazu T.H.Buckley und E.B.Strong, Jr., *American Foreign and National Security Strategies, 1914–1945* (Knoxville, TN, 1987), S.103–111, 108: "...from 1920 until 1940..., the American army had neither the men nor the equipment to be an instrument of American foreign policy."
- 18 Vgl. A.J.Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counter-Revolution at Versailles 1918–1919* (London, 1967).
- 19 Leffler, *Political Isolationism* (Anm. 15), S.436–446; siehe auch K.Schwabe, *Der amerikanische Isolationismus im 20. Jahrhundert, Legende und Wirklichkeit*. Frankfurter Historische Vorträge 1 (Wiesbaden, 1975), passim, bes. S. 13–15.
- 20 Vgl. K.Krakau, *Missionsbewußtsein und Völkerrechtsdoktrin in den Vereinigten Staaten von Amerika* (Frankfurt M., Berlin, 1967), Kap. 12; ders., "'Uniqueness', Krieg und Neutralität. Zum amerikanischen politischen Diskurs vor und nach dem Zweiten Weltkrieg, in: F.Greß und H.Vorländer (Hg.), *Liberale Demokratie in Europa und den USA. Festschrift für Kurt L.Shell* (Frankfurt M., New York, 1990), S. 276–288.
- 21 Zum Problem des Kellogg-Paktes allgemein siehe R.H.Ferrell, *Peace in their Time. The Origins of the Kellogg-Briand-Pact* (New York, 1952, 1969). – Zur speziellen hier angesprochenen Thematik vgl. Leffler, *Political Isolationism* (Anm. 15), S.446–457; ders., *The Elusive Quest* (Anm. 15), S.162–165.
- 22 D.Junker, *Der unteilbare Weltmarkt. Das Ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933–1941* (Stuttgart, 1975), bes. Kap.III.1; H.–J.Schröder, *Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933–1939. Wirtschaft und Politik in der*

- Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes* (Wiesbaden, 1970); ders., "Das Dritte Reich und die USA", in: Knapp et al., *Die USA und Deutschland* (Anm. 15), S.107-152; R.M.Hathaway, *Economic Diplomacy* (Anm. 15), S.309; P.J.Hearden, *Roosevelt Confronts Hitler. America's Entry into World War II* (Dekalb, IL, 1987), Kap. 3.
- 23 Das Zitat Calleo, *Beyond American Hegemony* (Anm. 2), S.135; nachdrücklich verneinend wie hier Leffler, *National Security* (Anm. 15), S.206, 208-9; B.McKercher, "Wealth, Power, and the New International Order. Britain and the American Challenge in the 1920s", *Diplomatic History* 12 (1988), S.411-441. - Sehr differenziert unter Einbeziehung politischer, wirtschaftlicher, kultureller Aspekte eher vorsichtig bejahend dagegen F.Costigliola, *Awkward Dominion. American Political, Economic, and Cultural Relations with Europe, 1919-1933* (Ithaca, NY, London, 1984).
- 24 So dezidiert Leffler, *National Security* (Anm. 15), S.210-211.
- 25 Vgl. Calleo und Rowland (Anm. 16); R.A.Pollard und S.F.Wells, Jr., "1945-1960: The Era of American Economic Hegemony", in: W.H.Becker und S.F.Wells, Jr., *Economics and World Power. An Assessment of American Diplomacy since 1789* (New York, 1984), Kap.7; R.A.Pollard, *Economic Security and the Origins of the Cold War, 1945-1950* (New York, 1985), Kap.1 und 2; R.N.Gardner, *Sterling-Dollar Diplomacy in Current Perspective. The Origins and Prospects of Our International Economic Order*, neue erw. Aufl. (New York, 1980); F.L.Block, *The Origins of International Economic Disorder. A Study of United States International Monetary Policy from World War II to the Present* (Berkeley, CA, 1977), Teil I; P.A.Varg, *America, from Client State to World Power* (Norman, OK, London, 1990), Kap.8; E.-O.Czempiel, "Die USA und Westeuropa. Asymmetrie, Interdependenz, Kooperation", in: M.Knapp und G.Krell (Hg.), *Einführung in die internationale Politik*, 2.Aufl. (München, Wien, 1991), Kap.2.2; M.Zucconi, "The United States and Western Europe", in: L.D.Brown (Hg.), *Center Stage. American Diplomacy since World War II* (New York, London, 1990), Kap.7; G.Lundestad, *The American Empire* (Oslo, Oxford, 1990), Kap.2.
- 26 So D.P.Calleo nach Kissinger, "Since 1961: American Power in a New World Economy", in: W.H.Becker und S.F.Wells, *Economics and World Power. An Assessment of American Diplomacy since 1789* (New York, 1984), Kap.8, S.432.
- 27 R.W.Tucker und D.C.Hendrickson, *Empire of Liberty. The Statecraft of Thomas Jefferson* (New York, Oxford, 1990), Kap.2 bis 4 und passim.
- 28 Zucconi (Anm. 25), S.129; siehe auch M.P.Leffler, "Was 1947 a Turning Point in American Foreign Policy?", in: L.C.Brown (Hg.), *Center Stage. American Foreign Policy since World War II* (New York, London, 1990), Kap. 2.
- 29 J.E.Smith, *Lucius D.Clay. An American Life* (New York, 1990), S.428; Czempiel, "Die USA und Westeuropa" (Anm. 25), S.82 stellt dagegen auf den NATO-Beitritt und die Genfer Konferenz 1954/55 ab.
- 30 Vgl. R.A.Pollard, "Economic Security and the Origins of the Cold War. Bretton Woods, the Marshall Plan, and American Rearmament, 1944-1950", *Diplomatic History* 9 (1985) S.271, 272 ff.; ders., *Economic Security* (Anm. 25), Kap.3 und 6; Leffler, "Was 1947 a Turning Point" (Anm. 28).
- 31 Den Globalismus und zugleich Kontinuitäten und Diskontinuitäten betont M.P.Leffler, "From the Truman Doctrine to the Carter Doctrine. Lessons and Dilemmas of the Cold War", *Diplomatic History* 7 (1983) S.245, 252.
- 32 G.Lundestad, "Empire by Invitation? The United States and Western Europe, 1945-1952", *Journal of Peace Research* 23 (1986) S.263-77; ders., *The American Empire* (Anm. 25), S.54-62. - Zur europäischen Akzeptanz der amerikanischen Hegemonie siehe auch Keohane, *After Hegemony* (Anm. 10), S.137; Calleo und Rowland (Anm. 16), Kap.3.
- 33 Der Begriff nach K.Kaiser. - Von der "Transnationalisierung des Staates" spricht Gill, *American Hegemony* (Anm. 4), S.100, dazu auch S.54-55.- für die Expansion amerikanischer Ideologie und Kultur vor 1945 siehe E.S.Rosenberg, *Spreading the*



- American Dream. American Economic and Cultural Expansion 1890-1945* (New York, 1982).
- 34 F.J.Colligan, *The Fulbright Program. A History* (Chicago, London, 1965).
- 35 Diesen Hinweis verdanke ich Prof. Hermann-Josef Rupieper, Marburg; er wird demnächst eine Monographie darüber veröffentlichen.
- 36 Dazu S.Gill, *American Hegemony* (Anm. 4), S.129: *Bilderberg*, S. 132: *Geschichte der Trilateral Commission*.
- 37 W.Link, *Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945-1975. Eine Studie über transnationale Beziehungen* (Düsseldorf, 1978).
- 38 F.A.Ninkovich, *The Diplomacy of Ideas. U.S.Foreign Policy and Cultural Relations 1938-1950* (Cambridge, Engl., u.a., 1981), passim, das Zitat S.139.
- 39 Dazu aus der neueren Literatur M.J.Hogan, *The Marshall Plan. America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1947-52* (Cambridge, Engl., 1987); A.S.Milward, *The Reconstruction of Western Europe 1945-51* (London, 1984); ders., "Was the Marshall Plan Necessary?", *Diplomatic History* 13 (1989) S.231-53; M.P.Leffler, "The United States and the Strategic Dimensions of the Marshall Plan", *Diplomatic History* 12 (1988) S.277-306; R.B.Woods und H.Jones, *Dawning of the Cold War. The United States' Quest for Order* (Athens, GA, London, 1991), Kap.6.
- 40 Dazu außer der in der Anm. 25 erwähnten Literatur noch M.J.Hogan, "American Marshall Planners and the Search for a European Neocapitalism", *American Historical Review* 90 (1985) S.44-72.
- 41 Die Verbindung von Wirtschafts- und Sicherheitssystem verdeutlicht, noch vor der Wiederbewaffnungsdebatte, ein Report des Joint Strategic Survey Committee vom 29.Apr. 1947, als Appendix zu einem Memorandum der JCS vom 12.Mai 1947 abgedruckt: "The economic revival of Germany is... of primary importance from the viewpoint of United States security", *Foreign Relations of the United States* (1947) Bd.1, S.734 ff., 740.
- 42 Dazu insbesondere die zuvor zitierten Arbeiten von Hogan und Leffler; K.Schwabe, "Ein Akt konstruktiver Staatskunst" - die USA und die Anfänge des Schuman-Plans", in: K.Schwabe (Hg.), *Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51. The Beginnings of the Schuman-Plan* (Baden-Baden u.a., 1988), S.211-239.
- 43 Dazu besonders E.-O.Czempiel, "Die Bundesrepublik und Amerika. Von der Okkupation zur Kooperation", in: R.Löwenthal und H.-P.Schwarz (Hg.), *Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland - eine Bilanz* (Stuttgart, 1974), S.554-79.
- 44 Zucconi (Anm. 25), S.127, 135 f.; R.Gilpin, "The United States and the Postwar International Economy", in: L.C.Brown (Hg.), *Center Stage. American Diplomacy since World War II* (New York, London, 1990), S.87 f.; siehe auch Hogan, "The Search for a 'Creative Peace'" (Anm. 9); K.Schwabe, "Ein Akt konstruktiver Staatskunst" (Anm. 42); A.Rappaport, "The United States and European Integration: The First Phase", *Diplomatic History* 5 (1981) S.121 ff., 142 f.
- 45 Calleo, "Since 1961: American Power" (Anm. 26), S. 410; ähnlich Gilpin, "The United States" (Anm. 44), S.93.
- 46 Dazu Calleo, "Since 1961: American Power" (Anm. 26), Kap.8, S.409-12, 417 ff.; D.P.Calleo, *Imperious Economy* (Cambridge, MA, 1982), Kap.3 und 4; Calleo und Rowland (Anm. 16), Kap.5; Block (Anm. 25), Teil II. Für unseren Zusammenhang kommt es nicht im einzelnen auf die zahlreichen daraus resultierenden oft harten handels-, währungs- und wirtschaftspolitischen Probleme und Konflikte zwischen Amerika und Europa wie z.B. die Protektionismusdebatte, den Streit um Flugzeugbausubventionen und Agrarpreise, sondern nur darauf an, daß infolge der gewachsenen Symmetrie zwischen beiden im Bereich Wirtschaft hegemoniale Konfliktlösungsmuster - d.h. einseitige, mehr oder weniger automatisch akzeptierte Lösungen wie zu Zeiten des Marshall-Planes - nicht mehr praktikabel sind. An ihre Stelle ist der meist multilateral organisierte Konfliktlösungsmodus des kooperativen

Kompromisses zwischen kategorial Gleichrangigen – mögen sie auch Konkurrenten sein – getreten. So etwa die These von Czempiel, "Die USA und Westeuropa" (Anm. 25).

- 47 Speziell zum NSC 68 vgl. R.B.Levering, *The Cold War 1945–1987*, 2.Aufl., (Arlington Heights, IL, 1988), S.37 ff.; J.L.Gaddis, *Strategies of Containment* (New York, Oxford, 1982), Kap.4; ders., *The Long Peace. Inquiries into the History of the Cold War* (New York, Oxford, 1987), Kap.2. – Allgemein zum Konzept der Asymmetrien Czempiel, "Die USA und Westeuropa. Asymmetrie, Interdependenz, Kooperation" (Anm. 25).
- 48 Vgl. M.Medick, "Burden-sharing und Devisenausgleich als Problem der deutsch-amerikanischen Beziehungen", in: M.Knapp (Hg.), *Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1945* (Frankfurt, New York, 1975), S.188 ff.
- 49 Zucconi (Anm. 25), S.132 f.; Calleo, *Imperious Economy* (Anm. 46), S.165; Czempiel, "Die USA und Westeuropa" (Anm. 25), S.83 f., 89 f., 92 ff.
- 50 Vgl. zu diesem durchgängigen Konfliktmuster T.A.Wolfe, *U.S. East-West Trade Policy* (Lexington, MA, 1973); Calleo, *Imperious Economy* (Anm. 46), S.161 f.; F.Müller, "Wirtschaftssanktionen im Ost-West-Konflikt", *Außenpolitik* 35 (1984) S.66 ff.; H.-D.Jacobsen, *Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen als deutsch-amerikanisches Problem* (Baden-Baden, 1986).
- 51 Vgl. Calleo, *Beyond American Hegemony* (Anm. 2), bes. Kap.5, S.69–70, 77–81; Zucconi (Anm. 25), S.140–144; Czempiel, "Die USA und Westeuropa" (Anm. 25), S.92–98.
- 52 Gill, *American Hegemony* (Anm. 4), S.109–110.
- 53 Die *decline*-Debatte hat fast eine eigene Literaturgattung hervorgebracht. Deshalb nur wenige Beispiele für die wichtigsten Positionen pro/contra *decline*: inzwischen als Massen-Bestseller P.Kennedy, *The Rise and Fall of the Great Powers* (New York, 1987, 1989); R.O.Keohane, *After Hegemony* (Anm. 10); D.P.Calleo, *Beyond American Hegemony* (Anm. 2) – Eher contra bzw. optimistisch zur Rolle Amerikas z.B. S.Gill, *American Hegemony* (Anm. 4), S.57–88; R.Rosecrance, *America's Economic Resurgence. A Bold New Strategy* (New York, 1990); J.S.Nye, Jr., *Bound to Lead. The Changing Nature of American Power* (New York, 1990); H.R.Nau, *The Myth of America's Decline* (New York, Oxford, 1990).
- 54 "Of Rifts and Drifts: A Symposium on Beliefs, Opinions, and American Foreign Policy", *International Studies Quarterly* 30 (1986) S.373–484, die Veranstalter S.373 und O.R.Holsti und J.N.Rosenau, "Consensus Lost. Consensus Regained?: Foreign Policy Beliefs of American Leaders 1976–1980", *ib.* S.408.
- 55 Keohane, *After Hegemony* (Anm. 10), S.31.
- 56 Calleo, *Beyond American Hegemony* (Anm. 2), S.107.

## PUBLICATIONS OF THE JOHN F. KENNEDY-INSTITUTE

### MATERIALIEN

1. A BIBLIOGRAPHIC GUIDE TO AFRO-AMERICAN STUDIES (based on the holdings of the John F. Kennedy-Institut Library). Comp. and ed. by Werner Sollors. Berlin 1972. (Out of print)
2. VIOLENCE IN THE UNITED STATES: RIOTS - STRIKES - PROTEST AND SUPPRESSION. A working bibliography for teachers and students. Comp. and ed. by Dirk Hoerder. Berlin 1973. (Out of print).
3. A BIBLIOGRAPHIC GUIDE TO AFRO-AMERICAN STUDIES: SUPPLEMENT ONE (based on the recent acquisitions of the John F. Kennedy-Institut library). Comp. and ed. by Werner Sollors. Berlin 1974. (Out of print).
4. STUDIES ON THE INTERACTION OF SOCIETY AND CULTURE IN AMERICAN PAST AND PRESENT. A bibliography of dissertations. 1938-1973. Comp. and ed. by Dirk Hoerder. Berlin 1974.
5. BIBLIOGRAPHIE AMERIKANISCHER VERÖFFENTLICHUNGEN IN DER DDR BIS 1968. Zsgest. und hrsg. von Christian Freitag, Dagmar Frost, Michael Hoenisch, Werner Sollors. Berlin 1976.
6. A BIBLIOGRAPHIC GUIDE TO WOMEN'S STUDIES I (based on the holdings of the John F. Kennedy-Institut Library). Comp. and ed. by Dagmar Loytved, Hanna-Beate Schöpp-Schilling. Berlin 1976.
7. AMERICAN LABOR HISTORY. Research, teaching and bibliographic aids. Comp. and ed. by Dirk Hoerder. Berlin 1976.
8. A BIBLIOGRAPHIC GUIDE TO WOMEN'S STUDIES II (based on the holdings of the John F. Kennedy-Institut Library). Comp. and ed. by Dagmar Loytved and Hanna-Beate Schöpp-Schilling. Berlin 1976.
9. WORKING PAPERS ON AMERICAN STUDIES IN THE TEACHING OF ENGLISH. Ed. by Winfried Fluck. Berlin 1976.
10. YOUNG MR. LINCOLN. Der Text der Cahiers du Cinema und der Film von John Ford. Ergebnisse und Materialien eines Seminars hrsg. von Winfried Fluck. Berlin 1979. (Out of print).
11. DIRECTORY OF EUROPEAN HISTORIANS OF CANADA AND THE UNITED STATES. Addresses, publications, research in progress. Comp. and ed. by Willi Paul Adams and Wolfgang J. Helbig. Berlin 1979. (Out of print).
12. "ANGLOS ARE WEIRD PEOPLE FOR ME". Interviews with Chicanos and Puerto Ricans with a preface and an introduction by Wolfgang Binder. Berlin 1979.
13. A BIBLIOGRAPHIC GUIDE TO WOMEN'S STUDIES. SUPPLEMENT ONE (based on the holdings of the John F. Kennedy-Institut Library). Comp. and ed. by Dagmar Loytved. Berlin 1980.

14. DIE DEUTSCHSPRACHIGE AUSWANDERUNG IN DIE VEREINIGTEN STAATEN. Berichte über Forschungsstand und Quellenbestände, hrsg. von Willi Paul Adams. Berlin 1980. (Out of print).
15. USA UND DEUTSCHLAND. AMERIKANISCHE KULTURPOLITIK 1942-1949. Bibliographie - Materialien - Dokumente. Hrsg. Michael Hoenisch, Klaus Kämpfe, Karl-Heinz Pütz. Berlin 1980.
16. THE ROLE OF THE UNITED STATES IN THE RECONSTRUCTION OF ITALY AND WEST GERMANY, 1943-1949. Papers presented at a German-Italian Colloquium held at the John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien Berlin, June 1980. Introduced and ed. by Ekkehart Krippendorff. Summer 1981.
17. PROCEEDINGS OF THE CONFERENCE ON AMERICAN STUDIES RESOURCES IN EUROPE held at the library of the John F. Kennedy-Institut from October 16th-20th, 1980. Ed. by Hans Kolligs and Peter Snow. Berlin 1981.
18. AFRO-AMERICAN STUDIES: A BIBLIOGRAPHY (based on the holdings of the John F. Kennedy-Institut Library). Comp. and ed. by Dagmar Loytved. 2 vols. Berlin 1981.
19. THE MICROFORM HOLDINGS OF THE JOHN F. KENNEDY-INSTITUT LIBRARY. Berlin 1982. (Out of print).
20. BÜRGERINITIATIVEN IN AMERIKANISCHEN GROSSTÄDTEN. Ulrich Andersch, Andreas Falke, Peggy White, Sue Wilcox. Berlin 1982.
21. REAGANISM: DAWN OR DUSK OF AMERICAN CONSERVATISM? Karl Heinz Pütz. Berlin 1984.
22. DER REGIONALE WANDEL IM SÜDEN DER USA. Rudolf Hartmann. Berlin 1985.
23. DIE AMERIKANISCHEN WAHLEN VON 1984 UND DIE DEMOCRATIC NATIONAL CONVENTION: MATERIALIEN UND BEITRÄGE. Hrsg. von Karl Heinz Pütz. Berlin 1985.
24. PAZIFISMUS IN DEN USA. Hrsg. von Ekkehart Krippendorff. 2 Bände. Berlin 1986. (Out of print)
25. DIRECTORY OF EUROPEAN HISTORIANS OF NORTH AMERICA. Addresses, Publications, Research Progress. Rev. ed. Comp. and ed. by Willi Paul Adams and Wolfgang J. Helbich. Berlin 1987.
26. AMERICA SEEN FROM THE OUTSIDE - TOPICS, MODELS, AND ACHIEVEMENTS OF AMERICAN STUDIES IN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY. Proceedings of a Symposium held at the John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien, December 1-4, 1988. Ed. by Brigitte Georgi-Findlay, Heinz Ickstadt. Berlin 1990.
27. CONTEMPLATING OTHERS: CULTURAL CONTACTS IN RED AND WHITE AMERICA. An Annotated Bibliography on the North American Indian by Robert E. Bieder. Berlin 1990

## WORKING PAPERS

1. HONECK, Jürgen: "Spekulantentum" und Versorgungskrise in Pennsylvanien zu Zeit des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges. Berlin 1986.
2. HOLTFRERICH, Carl-Ludwig: U.S. economic (policy) development and world trade during the interwar period compared to the last twenty years. Berlin, 1986.
3. MEDICK-KRAKAU, Monika: Administration und Kongreß in der amerikanischen Außenpolitik der Ära Eisenhower: Die Beispiele Außenhandelspolitik und Allianzpolitik. Berlin 1986.
4. SCHERRER, Christoph: The U.S. autoindustry: Can it adapt to global competition? Berlin 1986.
5. GWIAZDA, Adam: American-European relations with the Comecon countries in the 1980's. Berlin 1986.
6. HOLTFRERICH, Carl-Ludwig: The Roosevelts and foreign trade: Foreign economic policies under Theodore and Franklin Roosevelt. Berlin 1986.
7. SCHERRER, Christoph: Mini-Mills - A new growth path for the U.S. steel industry? Berlin 1987.
8. JANKOVIC, Novak: The relevance of post-Keynesian economic theory for socialist economies. Berlin 1987.
9. HOLTFRERICH, Carl-Ludwig und SCHÖTZ, Hans Otto: Vom Weltgläubiger zum Weltschuldner: Erklärungssätze zur historischen Entwicklung und Struktur der internationalen Vermögensposition der USA. Berlin 1987.
10. MITUSCH, Kay: Die USA in der Weltwirtschaft 1919-1987. Berlin 1987.
11. GÖRISCH, Stephan: Träume von Besitz, Arbeit und Unabhängigkeit. Die Vereinigten Staaten im Spiegel deutscher Informationsschriften für Auswanderer im 19. Jahrhundert. Berlin 1988.
12. HAAS, Jan: Ziele und Ergebnisse der Sozialpolitik in der Ära Reagan. Berlin 1988.
13. KRAKAU, Knud: Der Supreme Court: Seine Funktion und Problematik im gewaltenteilenden demokratischen Staat. Berlin 1988.
14. ADAMS, Willi Paul: Föderalismus: Die Verteilung staatlicher Aufgaben zwischen Bundesregierung, Einzelstaaten und Kommunen. Berlin 1988.

15. ADAMS, Willi Paul: Die Geschichte Nordamerikas und Berliner Historiker. Berlin 1988.
16. CONZEN, Kathleen Neils: German-Americans and ethnic political culture: Stearns County, Minnesota, 1855-1915. Berlin 1989.
17. GOLDBERG, Bettina: The German language in Milwaukee's grade schools, 1850-1920: The case of the catholic schools. Berlin 1989.
18. BEYFUSS, Jörg: Wettbewerbsverhältnisse zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den USA und Japan. Berlin 1989.
19. HOLTFRERICH, Carl-Ludwig: The Grown-up in Infant's Clothing. The U.S. Protectionist Relapse in the Interwar Period. Berlin 1989
20. ADAMS, Willi Paul: Amerikanischer Nationalismus, ethnische Vielfalt und die Deutschamerikaner. Berlin 1989
21. HOLTFRERICH, Carl-Ludwig: Reaganomics und Weltwirtschaft. Berlin 1990
22. VON SENGER UND ETTERLIN, Stefan: Das Foto als historische Quelle: Versuch einer methodologischen Annäherung. Berlin 1990
23. VON SENGER UND ETTERLIN, Stefan: Emigration and Settlement Patterns of German Communities in North America. Berlin 1990
24. ADAMS, Willi Paul: Ethnic Politicians and American Nationalism during the First World War: Four German-born Members of the U.S. House of Representatives. Berlin 1990
25. GEHRING, Uwe W., Comp.: The 1988 U.S. Elections. A Collection of State Data. Berlin 1990
26. GOLDBERG, Bettina: "Our Fathers' Faith, our Children's Language". Cultural Change in Milwaukee's German Evangelical Lutheran Parishes of the Missouri Synod, 1850-1930. Berlin 1990
27. DANOWSKI, Anne: Die Caribbean Basin Initiative - ein Entwicklungsprogramm? Berlin 1990
28. FISHER, Philip: The New American Studies. Berlin 1990.
29. ARMSTRONG, Paul B.: Play and Cultural Differences. Berlin 1990.
30. SCHÜLER, Anja: Die "Feminine Mystique" der 1920er Jahre: Zur Berufstätigkeit amerikanischer Frauen zwischen Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise. Berlin 1990.

31. PEPER, Jürgen: Das Zeitalter der heuristischen Epoché. Berlin 1991.
32. FLUCK, Winfried: The Power and Failure of Representation in Harriet Beecher Stowe's Uncle Tom's Cabin. (Inaugural Lecture) Berlin 1991.
33. KRAKAU, Knud: Reflections on the Future of NATO. Berlin 1991.
34. HOLTFRERICH, Carl-Ludwig: Die USA: Agrarwirtschaft, Industrialisierung, wirtschaftliche Weltmacht. Berlin 1991.
35. ASKOLDOVA, Svetlana: The American Enlightenment and the Problem of Education. Berlin 1991.
36. BERCOVITCH, Sacvan: Discovering "America": A Cross-Cultural Perspective. Berlin 1991.
37. MIZRUCHI, Susan: Reproducing Women in the AWKWARD AGE. Berlin 1991.
38. FERTIG, Georg: Migration from the German-speaking parts of Central Europe, 1600-1800: Estimates and Explanations. Berlin 1991.
39. SCHLAEGER, Jürgen: Das neuzeitliche Ich - Thema einer literarischen Anthropologie? Berlin 1991.
40. BUDICK, Emily Miller: Some Thoughts on the Mutual Displacements/Appropriations/Accommodations of Culture in Three Contemporary American Women Writers. Berlin 1991.
41. HOLTFRERICH, Carl-Ludwig: International Economic Relations of the U.S. and Their Impact on Economy, State, and Society to 1860. Berlin 1991.
42. ISER, Wolfgang: Theorie der Literatur; eine Zeitperspektive. Berlin 1991.
43. Chénétier, Marc: Metamorphoses of the Metamorphoses: Patricia Eakins, Wendy Walker, Don Webb. Berlin 1992
44. Trachtenberg, Alan: Between Quarrel and Gratitude: Culture, Democracy, America. Berlin 1992.
45. Bredella, Lothar: Two Concepts of Art: Art as Affirmation and Negation of Reality and as Interaction with the Recipient. Berlin 1992.

ERNST FRAENKEL-LECTURES

1. LIPSET, Seymour Martin : Neoconservatism: Myth and Reality.  
STEINFELS, Peter, The Short Happy Life of Neoconservatism.  
Berlin 1988.
2. SCHNEIDER, William: The political legacy of the Reagan  
years. Berlin 1988.
3. NEUSTADT, Richard E.: American Presidential Transitions:  
Constitutional Requirements and Policy Risks. -  
POLSBY, Nelson W.: The American Election of 1988: Outcome,  
Process, and Aftermath. Berlin 1989.
4. BALDWIN, Robert E.: Recent U.S. Trade Policy at the  
Multilateral and Bilateral Levels.-  
Sargent, Thomas J.: Interpreting the Reagan Deficits.-  
Dornbusch, Rüdiger: The Economic Decline of the U.S.?  
The Dollar and the Adjustment Options. Berlin 1990.
5. FRANKLIN, John Hope: What Europeans Should Understand About  
African-American History.  
Kerber, Linda K.: Paradoxes of Women's Citizenship in the  
United States. Berlin 1990.

All publications are available from:

John F. Kennedy-Institut  
Library  
Lansstr. 5 - 9  
1000 Berlin 33 (West Germany)